

Finanzausgleichsverordnung (FAV)

Vom 15. März 2016 (Stand 1. Januar 2025)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾ sowie auf die §§ 2a Abs. 3, 3 Abs. 1, 5 Abs. 2, 14 Abs. 2 und 21 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 25. Juni 2009²⁾,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Regelungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom 25. Juni 2009³⁾.

² Sie wird vom Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion vollzogen. *

§ 2 Ausgleichsfonds

¹ ... *

§ 3 Konsultativkommission

¹ Die Anzahl der Gemeindevertreterinnen und -vertreter in der Konsultativkommission «Aufgabenteilung und Finanzausgleich» beträgt mindestens 12.

² Der Kommissionsvorsitz wird von der Finanz- und Kirchendirektion (kurz: Direktion) geführt.

§ 4 Festlegung, Ausrichtung und Belastung

¹ Der Regierungsrat legt Ende Juni für das laufende Kalenderjahr («Finanzausgleichsjahr») fest und verfügt: *

- a. die Beiträge des Ressourcenausgleichs,
- b. * den Pro-Kopf-Beitrag der Einwohnergemeinden für den Härtefonds,
- c. die Beiträge zur Lastenabgeltung,

1) [SGS 100](#)

2) [SGS 185](#)

3) [SGS 185](#)

- d. die Übergangsbeiträge,
- e. * die Beiträge der Einwohnergemeinden gemäss § 13 des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV vom 15. Februar 1973⁴⁾,
- f. * die Kompensationsleistungen,
- g. * die Solidaritätsbeiträge,
- h. * die Kosten der Spitalbeschulung von Kindergärtnern und Primarschülern gemäss den §§ 10a bzw. 16a der Verordnung vom 13. Mai 2003⁵⁾ für den Kindergarten und die Primarschule,
- i. * die Kosten für die Mitglieder der Vorstände der Schulleitungskonferenzen Primarstufe und Musikschulen gemäss den §§ 11 bzw. 18a der Verordnung vom 13. Mai 2003⁶⁾ für die Schulleitungen und die Schulsekretariate,
- j. * die Beiträge der Einwohnergemeinden gemäss den §§ 7e Abs. 3 und 4 sowie § 30 Abs. 2 der Anmeldungs- und Registerverordnung vom 13. Mai 2014⁷⁾.

^{1bis} Gleichzeitig verfügt der Regierungsrat das Ausgleichsniveau für das Folgejahr. *

² Die Beiträge werden den Einwohnergemeinden Anfang August ausgerichtet bzw. belastet.

§ 5 Bemessungsgrundlagen für EL-Beiträge der Gemeinden

¹ Der gemäss § 13 des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV vom 15. Februar 1973⁸⁾ auf die Einwohnergemeinden entfallende Anteil an die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen richtet sich nach der Staatsrechnung des Rechnungsjahres.

² Die Einwohnerzahl richtet sich nach der mittleren Wohnbevölkerung gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik im Rechnungsjahr.

2 Ressourcenausgleich

§ 6 Bemessungsgrundlagen

¹ Die Steuererträge der Einwohnergemeinden richten sich nach den Gemeinderechnungen des Kalenderjahres, das dem Finanzausgleichsjahr vorangegangen ist (kurz: Rechnungsjahr).

4) [SGS 833](#)

5) [SGS 641.11](#)

6) [SGS 647.12](#)

7) [SGS 111.11](#)

8) [SGS 833](#)

² Die Gemeinde übermittelt dem Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion bis zum 30. April den gemeinderätlichen Entwurf der Jahresrechnung in elektronischer Form via Webplattform. Zudem reicht sie den unterzeichneten Auszug mit den Steuerwerten im PDF-Format ein. Erfolgt die Einreichung nicht fristgerecht, schätzt das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion die Steuererträge ein. *

³ Nimmt eine Gemeinde die Steuerabgrenzung gemäss § 15 Abs. 2 der Gemeinderechnungsverordnung vom 14. Februar 2012⁹⁾ nicht korrekt vor, korrigiert das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion nach Rücksprache mit der Gemeinde die Steuererträge entsprechend. *

⁴ Besteht zwischen dem gemeinderätlichen Entwurf der Jahresrechnung und der Jahresrechnung eine erhebliche Differenz bei den für die Steuerkraft massgebenden Beträgen, wird die Differenz bei der Festlegung der Steuerkraft im Kalenderjahr berücksichtigt, das dem Finanzausgleichsjahr folgt.

⁵ Die Einwohnerzahl richtet sich nach der mittleren Wohnbevölkerung gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik im Rechnungsjahr.

⁶ ... *

§ 7 Festlegung Ausgleichsniveau *

¹ Das Ausgleichsniveau für das Folgejahr wird in der Regel so festgelegt, dass ausgehend von der aktuellen Steuerertragsprognose und einem Fondsbestand: *

- a. * von weniger als CHF -15 Mio. mit einer Fondseinlage von CHF 5 Mio.,
- b. * zwischen CHF -15 Mio. und CHF -5 Mio. mit einer Fondseinlage von CHF 2,5 Mio.,
- c. * zwischen CHF -5 Mio. und CHF 5 Mio. mit keiner Fondseinlage und keiner Fondsentnahme,
- d. * zwischen CHF 5 Mio. und CHF 15 Mio. mit einer Fondsentnahme von CHF 2,5 Mio.,
- e. * von mehr als CHF 15 Mio. mit einer Fondsentnahme von CHF 5 Mio. gerechnet werden kann.

² Das Ausgleichsniveau soll dabei von Jahr zu Jahr nicht um mehr als CHF 50.– zu- oder abnehmen. *

§ 7b * Anpassung des Ausgleichsniveaus

¹ Der Ausgleichsfonds darf einen Bestand von CHF -25 Mio. nicht unterschreiten und einen Bestand von CHF 25 Mio. nicht überschreiten.

² Sollte Abs. 1 im Finanzausgleichsjahr aufgrund des im Vorjahr festgelegten Ausgleichsniveaus nicht erfüllt sein, wird das Ausgleichsniveau entsprechend angepasst.

9) [SGS 180.10](#)

3 Härtebeitrag

§ 8 Gesuch

¹ Der Regierungsrat gewährt auf Gesuch hin Härtebeiträge.

² Das Gesuch ist der Direktion einzureichen und hat folgende Angaben zu enthalten:

- a. Bedarfsbeschreibung;
- b. Darstellung der kommunalen Finanzpolitik der letzten 5 Jahre;
- c. Aufzeigen der Gemeindeperspektiven der nächsten 10 Jahre;
- d. Finanzplan, ausgehend vom vergangenen Rechnungsjahr;
- e. Art und Anteil der Eigenfinanzierung.

§ 9 Prüfung des Gesuchs

¹ Das Gesuch wird hinsichtlich folgender Kriterien geprüft:

- a. Notwendigkeit und Angemessenheit des Bedarfs,
- b. Einhaltung der Gemeinderechnungsverordnung vom 14. Februar 2012¹⁰⁾,
- c. Ursachen eines allfälligen Haushaltsungleichgewichts,
- d. Art und Anteil der Eigenfinanzierung,
- e. interkommunaler Belastungsvergleich insbesondere hinsichtlich Steuern und Gebühren.

² Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion lädt die Gesuchstellerin zu einem Gespräch ein. *

§ 10 Berichterstattung

¹ Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion erstattet den Einwohnergemeinden und der Öffentlichkeit regelmässig Bericht über ausgerichtete Härtebeiträge. *

4 Lastenabgeltung

§ 11 Bildung, Schülerzahl

¹ Die Lastenabgeltung für die Schülerzahl wird jährlich bei CHF 7,2 Millionen festgelegt.

² Die nicht-deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler werden 1,5-fach gewichtet, die deutschsprachigen einfach.

¹⁰⁾ [SGS 180.10](#)

³ Berechnungsgrundlagen für die gewichtete Kindergarten- und Primarschülerzahl gemäss § 11 Abs. 2 Bst. a FAG¹¹⁾ sind die Lernendenstatistik des Kantons Basel-Landschaft sowie die Einwohnerzahl am Ende des Rechnungsjahres gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik.

⁴ Die betroffenen Einwohnergemeinden erhalten pro gewichteter Schülerin oder gewichtetem Schüler über dem Durchschnitt den gleichen Betrag.

§ 12 Bildung, Bevölkerungsdichte und geographische Lage

¹ Die Lastenabgeltung für die Bevölkerungsdichte und die geographische Lage wird jährlich bei CHF 4,54 Millionen festgelegt.

² Berechnungsgrundlagen für die Bevölkerungsdichte gemäss § 11 Abs. 2 Bst. b FAG¹²⁾ sind die mittlere Wohnbevölkerung gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik sowie die Gesamtgemeindefläche gemäss der Arealstatistik des Kantons Basel-Landschaft. Die Bevölkerungsdichte wird bis zu 80 % des kantonalen Durchschnitts berücksichtigt und zu 80 % gewichtet.

³ Berechnungsgrundlagen für die geographische Lage gemäss § 11 Abs. 2 Bst. b FAG¹³⁾ sind die Fahrdistanzen zwischen den Ortszentren und den Sekundarschulstandorten der einzelnen Gemeinden. Die Distanz zur Sekundarschule wird ab dem kantonalen Durchschnitt berücksichtigt und zu 20 % gewichtet.

⁴ Die Lastabgeltung wird hälftig nach der Einwohnerzahl und hälftig nach der Gesamtfläche der betroffenen Einwohnergemeinden ausgerichtet.

§ 13 Sozialhilfe

¹ Die Lastenabgeltung für die Sozialhilfe wird jährlich bei CHF 8,38 Mio. festgelegt.

² Berechnungsgrundlage für die Lastenabgeltung für die Sozialhilfe ist der Sozialindex.

³ Der Sozialindex ist die Summe folgender mit Hilfe der Hauptkomponentenanalyse gewichteter Anteile:

- a. Anteil arbeitsloser Personen an der Einwohnerzahl der 15- bis 64-Jährigen;
- b. Anteil alleinerziehender sozialhilfebeziehender Personen an der Einwohnerzahl;
- c. Anteil ausländischer Personen aus Herkunftsländern, welche gemessen am kantonalen Bevölkerungsanteil eine überdurchschnittliche Sozialhilfequote aufweisen, an der Einwohnerzahl; und
- d. Anteil sozialhilfebeziehender Personen an der Einwohnerzahl.

11) [SGS 185](#)

12) [SGS 185](#)

13) [SGS 185](#)

⁴ Die Lastabgeltung richtet sich nach den Indexpunkten über dem Durchschnitt multipliziert mit der Einwohnerzahl.

§ 14 Nicht-Siedlungsfläche

¹ Die Lastenabgeltung für die Nicht-Siedlungsfläche wird jährlich bei CHF 2,56 Mio. festgelegt.

² Berechnungsgrundlage für die Lastenabgeltung für die Nicht-Siedlungsfläche ist die Arealstatistik des Kantons Basel-Landschaft.

³ Die betroffenen Einwohnergemeinden erhalten pro Hektar Nicht-Siedlungsfläche über dem Durchschnitt den gleichen Betrag.

4a Kompensationsleistungen *

§ 14a * Gemeindeanteil an der Kompensationsleistung für die Ergänzungsleistungen

¹ Als hochbetagt im Sinne von § 15c Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes¹⁴⁾ gelten die Einwohner und Einwohnerinnen ab Alter 80.

² Als wirtschaftliche Verhältnisse im Sinne von § 15c Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes¹⁵⁾ gelten das steuerbare Einkommen zuzüglich 10 % des steuerbaren Vermögens.

³ Einwohnergemeinden mit einem überdurchschnittlichen Anteil hochbetagter Einwohner und Einwohnerinnen in wirtschaftlichen Verhältnissen unter CHF 50'000.– wird die Anzahl hochbetagter Einwohner und Einwohnerinnen um die mit dem Faktor 1,5 verstärkte prozentuale Differenz zum Durchschnitt erhöht.

⁴ Einwohnergemeinden mit einem unterdurchschnittlichen Anteil hochbetagter Einwohner und Einwohnerinnen in wirtschaftlichen Verhältnissen unter CHF 50'000.– wird die Anzahl hochbetagter Einwohnerinnen und Einwohner um die mit dem Faktor 1,5 verstärkte prozentuale Differenz zum Durchschnitt gesenkt.

⁵ Die Einwohnergemeinden erhalten pro einkommensgewichtete hochbetagte Einwohnerin oder einkommensgewichteten hochbetagten Einwohner den gleichen Betrag.

14) [SGS 185](#)

15) [SGS 185](#)

5 Weitere Bestimmungen

§ 15 Auflösung des Projektfonds *

¹ Der bisherige Projektfonds wird per 31. Dezember 2016 aufgelöst und dessen Mittel werden an den Verband Basellandschaftlicher Gemeinden übertragen. *

² ... *

³ ... *

⁴ ... *

§ 16 Differenzbeträge

¹ Gestützt auf § 21 Abs. 2 FAG¹⁶⁾ ergeben sich bei den folgenden Einwohnergemeinden folgende Differenzbeträge (in CHF):

1. Aesch	549 986
2. Anwil	164 548
3. Augst	18 799
4. Bennwil	69 506
5. Birsfelden	449 258
6. Böckten	35 373
7. Bretzwil	211 141
8. Brislach	279 856
9. Bubendorf	206 734
10. Buckten	201 040
11. Burg i.L.	27 780
12. Buus	9 340
13. Diegten	212 481
14. Diepflingen	99 271
15. Dittingen	76 025
16. Ettingen	251 004
17. Frenkendorf	452 360
18. Füllinsdorf	234 716
19. Gelterkinden	508 025
20. Giebenach	22 349
21. Grellingen	161 869
22. Häfelfingen	43 673
23. Hemmiken	60 702
24. Hölstein	175 897
25. Itingen	79 607

¹⁶⁾ [SGS 185](#)

26.	Kilchberg	13 259
27.	Langenbruck	64 864
28.	Läufelfingen	86 546
29.	Laufen	393 770
30.	Lausen	326 604
31.	Lauwil	61 850
32.	Liedertswil	12 627
33.	Liestal	656 968
34.	Lupsingen	31 963
35.	Nenzlingen	63 129
36.	Niederdorf	254 924
37.	Oltingen	127 583
38.	Ormalingen	33 056
39.	Pratteln	902 112
40.	Reigoldswil	235 374
41.	Rickenbach	104 120
42.	Roggenburg	44 953
43.	Röschenz	49 590
44.	Rothenfluh	91 484
45.	Rümlingen	102 708
46.	Rünenberg	16 111
47.	Tecknau	173 133
48.	Tenniken	7 940
49.	Titterten	77 557
50.	Wahlen	225 650
51.	Waldenburg	131 633
52.	Wenslingen	96 064
53.	Wintersingen	82 728
54.	Wittinsburg	34 586
55.	Zeglingen	115 299
56.	Ziefen	138 085
57.	Zunzgen	300 770
58.	Zwingen	177 818

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
15.03.2016	01.01.2016	Erllass	Erstfassung	GS 2016.007
13.12.2016	01.12.2016	§ 15	Titel geändert	GS 2016.077
13.12.2016	01.12.2016	§ 15 Abs. 1	geändert	GS 2016.077
13.12.2016	01.12.2016	§ 15 Abs. 2	aufgehoben	GS 2016.077
13.12.2016	01.12.2016	§ 15 Abs. 3	aufgehoben	GS 2016.077
13.12.2016	01.12.2016	§ 15 Abs. 4	aufgehoben	GS 2016.077
29.08.2017	01.01.2018	Titel 4a	eingefügt	GS 2017.047
29.08.2017	01.01.2018	§ 14a	eingefügt	GS 2017.047
24.10.2017	01.01.2016	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2017.054
24.10.2017	01.01.2016	§ 7 Abs. 2	eingefügt	GS 2017.054
18.06.2019	01.01.2019	§ 2 Abs. 1	aufgehoben	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. e.	geändert	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. f.	eingefügt	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. g.	eingefügt	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. h.	eingefügt	GS 2019.029
18.06.2019	01.01.2019	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2019.029
28.01.2020	01.08.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. h.	geändert	GS 2020.012
28.01.2020	01.08.2019	§ 4 Abs. 1, Bst. i.	eingefügt	GS 2020.012
31.03.2020	01.04.2020	§ 4 Abs. 1, Bst. i.	geändert	GS 2020.030
31.03.2020	01.04.2020	§ 4 Abs. 1, Bst. j.	eingefügt	GS 2020.030
21.06.2022	21.06.2022	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2022.066
27.09.2022	01.01.2023	§ 4 Abs. 1 ^{bis}	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 6 Abs. 6	aufgehoben	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7	Titel geändert	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1, Bst. a.	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1, Bst. b.	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1, Bst. c.	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1, Bst. d.	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 1, Bst. e.	eingefügt	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7 Abs. 2	geändert	GS 2022.076
27.09.2022	01.01.2023	§ 7b	eingefügt	GS 2022.076
03.12.2024	01.01.2025	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 2024.060
03.12.2024	01.01.2025	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2024.060
03.12.2024	01.01.2025	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2024.060

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
03.12.2024	01.01.2025	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2024.060
03.12.2024	01.01.2025	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2024.060

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	15.03.2016	01.01.2016	Erstfassung	GS 2016.007
§ 1 Abs. 2	03.12.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.060
§ 2 Abs. 1	18.06.2019	01.01.2019	aufgehoben	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1	18.06.2019	01.01.2019	geändert	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. b.	18.06.2019	01.01.2019	geändert	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. e.	18.06.2019	01.01.2019	geändert	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. f.	18.06.2019	01.01.2019	eingefügt	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. g.	18.06.2019	01.01.2019	eingefügt	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. h.	18.06.2019	01.01.2019	eingefügt	GS 2019.029
§ 4 Abs. 1, Bst. h.	28.01.2020	01.08.2019	geändert	GS 2020.012
§ 4 Abs. 1, Bst. i.	28.01.2020	01.08.2019	eingefügt	GS 2020.012
§ 4 Abs. 1, Bst. i.	31.03.2020	01.04.2020	geändert	GS 2020.030
§ 4 Abs. 1, Bst. j.	31.03.2020	01.04.2020	eingefügt	GS 2020.030
§ 4 Abs. 1 ^{bis}	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 6 Abs. 2	27.09.2022	01.01.2023	geändert	GS 2022.076
§ 6 Abs. 2	03.12.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.060
§ 6 Abs. 3	03.12.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.060
§ 6 Abs. 6	27.09.2022	01.01.2023	aufgehoben	GS 2022.076
§ 7	27.09.2022	01.01.2023	Titel geändert	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1	24.10.2017	01.01.2016	geändert	GS 2017.054
§ 7 Abs. 1	18.06.2019	01.01.2019	geändert	GS 2019.029
§ 7 Abs. 1	21.06.2022	21.06.2022	geändert	GS 2022.066
§ 7 Abs. 1	27.09.2022	01.01.2023	geändert	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1, Bst. a.	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1, Bst. b.	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1, Bst. c.	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1, Bst. d.	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 7 Abs. 1, Bst. e.	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 7 Abs. 2	24.10.2017	01.01.2016	eingefügt	GS 2017.054
§ 7 Abs. 2	27.09.2022	01.01.2023	geändert	GS 2022.076
§ 7b	27.09.2022	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.076
§ 9 Abs. 2	03.12.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.060
§ 10 Abs. 1	03.12.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.060
Titel 4a	29.08.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.047
§ 14a	29.08.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2017.047
§ 15	13.12.2016	01.12.2016	Titel geändert	GS 2016.077
§ 15 Abs. 1	13.12.2016	01.12.2016	geändert	GS 2016.077
§ 15 Abs. 2	13.12.2016	01.12.2016	aufgehoben	GS 2016.077

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 15 Abs. 3	13.12.2016	01.12.2016	aufgehoben	GS 2016.077
§ 15 Abs. 4	13.12.2016	01.12.2016	aufgehoben	GS 2016.077